

# Inhaltsübersicht

Vorwort .....	V
Inhaltsverzeichnis .....	IX
Abkürzungsverzeichnis .....	XVII
Einführung .....	1
A. <i>Der Gegenstand der Untersuchung</i> .....	1
B. <i>Der Gang der Untersuchung</i> .....	5
1. Teil: Die Beweislastverteilung und der Vermutungsbegriff im europäischen Kartellrecht .....	7
A. <i>Die Verteilung der objektiven Beweislast unter der Verordnung 1/2003</i> .....	7
B. <i>Der Nachweis der Beteiligung an wettbewerbsbeschränkendem Verhalten und ihrer Dauer</i> .....	8
C. <i>Die Verschiebung der konkreten Beweisführungs- und Behauptungslast</i> .....	11
D. <i>Der Vermutungsbegriff</i> .....	15
E. <i>Zusammenfassung</i> .....	52
2. Teil: Die Beteiligungsvermutungen .....	55
A. <i>Die Anwendung der Beteiligungsvermutungen im Hinblick auf die Begehungsformen einer Zuwiderhandlung</i> .....	55
B. <i>Die Koordinierungsvermutung</i> .....	56
C. <i>Die Kausalitätsvermutung („Anic-Vermutung“)</i> .....	115
D. <i>Die Fortführungsvermutung</i> .....	151

<i>E. Die Wechselwirkungen zwischen den Beteiligungsvermutungen</i> . . . . .	191
<i>F. Zusammenfassung</i> . . . . .	199
<b>3. Teil: Die Widerlegung der Beteiligungsvermutungen</b> . . . . .	207
<i>A. Die Geltendmachung der Widerlegungsgründe</i> . . . . .	207
<i>B. Die offene Distanzierung</i> . . . . .	208
<i>C. Die Selbstanzeige bei den Kartellbehörden</i> . . . . .	242
<i>D. Der Nachweis eines unabhängigen Marktverhaltens als Widerlegungsform</i> . . . . .	254
<i>E. Die Vorlage sogenannter „anderer Beweise“ als Widerlegungsform</i> . . . . .	268
<i>F. Zusammenfassung</i> . . . . .	278
<b>Literaturverzeichnis</b> . . . . .	283
<b>Stichwortregister</b> . . . . .	291

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Inhaltsübersicht .....	VII
Abkürzungsverzeichnis .....	XVII
Einführung .....	1
A. <i>Der Gegenstand der Untersuchung</i> .....	1
B. <i>Der Gang der Untersuchung</i> .....	5
1. Teil: Die Beweislastverteilung und der Vermutungsbegriff im europäischen Kartellrecht .....	7
A. <i>Die Verteilung der objektiven Beweislast unter der Verordnung 1/2003</i> .....	7
B. <i>Der Nachweis der Beteiligung an wettbewerbsbeschränkendem Verhalten und ihrer Dauer</i> .....	8
I. Die Beteiligung an einer Zuwiderhandlung .....	8
II. Die Dauer der Beteiligung .....	10
C. <i>Die Verschiebung der konkreten Beweisführungs- und Behauptungslast</i> .....	11
D. <i>Der Vermutungsbegriff</i> .....	15
I. Die Notwendigkeit einer dogmatischen Qualifizierung von Vermutungen .....	15
II. Die Beweiserleichterungen im deutschen Recht .....	17
1. Die Dichotomie der Beweiserleichterungen .....	17
2. Der Indizienbeweis .....	19
3. Der Anscheinsbeweis .....	21
4. Die tatsächliche Vermutung .....	25
5. Die widerlegbare gesetzliche Vermutung .....	28
a) Die Abgrenzung zu den erfahrungsbasierten Beweiserleichterungen .....	28

b)	Die Beweislastnorm und ihre Ermittlung .....	29
c)	Die widerlegbare gesetzliche Vermutung im Besonderen .....	30
6.	Die Beweislastumkehr auf der Grundlage von Sachgründen und die erfahrungsorientierte Beweiserleichterung .....	32
7.	Die unwiderlegbare gesetzliche Vermutung und die Fiktion .....	36
III.	Die Unterscheidung von tatsächlichen und normativen Vermutungen im europäischen Kartellrecht .....	37
1.	Das Fehlen einer umfassenden und differenzierenden Dogmatik .....	37
2.	Die tatsächliche Vermutung .....	39
a)	Die Begriffsbestimmung .....	39
b)	Die unzulässige Vermengung mit Sachgründen .....	42
c)	Die überschließende erfahrungsorientierte Beweiserleichterung .....	45
3.	Die normative Vermutung .....	47
a)	Die Begriffsbestimmung .....	47
b)	Die Sachgründe im Kartellrecht .....	48
c)	Die Exemplifikation .....	49
E.	Zusammenfassung .....	52
2.	Teil: Die Beteiligungsvermutungen .....	55
A.	<i>Die Anwendung der Beteiligungsvermutungen im Hinblick auf die Begehungsformen einer Zuwiderhandlung</i> .....	55
B.	<i>Die Koordinierungsvermutung</i> .....	56
I.	Die Entstehungsgeschichte und der Gegenstand .....	56
1.	Die Entwicklung der Vermutung .....	56
2.	Die Entwicklung der Widerlegungsmöglichkeiten .....	61
II.	Der Anwendungsbereich .....	62
1.	Die Vereinbarung .....	62
2.	Die abgestimmte Verhaltensweise .....	64
a)	Das Wesen der abgestimmten Verhaltensweise .....	64
b)	Der Anknüpfungspunkt der Koordinierungsvermutung .....	66
3.	Der Beschluss einer Unternehmensvereinigung .....	67
III.	Die Rechtsnatur und Wirkungsweise .....	69
1.	Die Qualifikation als eine tatsächliche Vermutung .....	69
2.	Die Verschiebung der konkreten Beweisführungs- und Behauptungslast und der Gegenbeweis .....	71
3.	Die passive Beteiligung als ein eigenständiger Begehungstatbestand .....	73
IV.	Die Anwendungsvoraussetzungen .....	74

1. Die Ermittlung der Anwendungsvoraussetzungen .....	74
2. Die Anforderungen an die kartellrechtswidrigen Sitzungen	75
a) Die Begründung einer erstmaligen Verantwortlichkeit und die Fortführung einer einheitlichen Zuwiderhandlung .....	75
b) Der kartellrechtswidrige Gegenstand .....	76
c) Die offensichtliche Wettbewerbsbeschränkung .....	77
3. Die Anforderungen an die Sitzungsteilnahme .....	79
a) Die innere Tatseite bei der Teilnahme .....	79
b) Die aktive und die passive Teilnahme .....	82
c) Die Teilnahme eines Unternehmensvertreters .....	83
4. Die Erstreckung der Koordinierungsvermutung auf einseitige Unterrichtungen durch die Eturas-Entscheidung .....	83
a) Die bisherige Rechtsprechung zu einseitigen Unterrichtungen .....	83
b) Die Eturas-Entscheidung und ihr Aussagegehalt für die Koordinierungsvermutung .....	86
aa) Der Sachverhalt des Ausgangsverfahrens und die Vorlagefrage .....	86
bb) Das Urteil des EuGH .....	88
cc) Die Bedeutung für die Koordinierungsvermutung .....	89
(1) Die besonderen Sachverhaltsumstände der Entscheidung und ihre Abstrahierungsfähigkeit .....	89
(2) Die Schlussfolgerungen für die Anwendung der Koordinierungsvermutung auf Sachverhalte ohne Sitzungsteilnahme .....	91
V. Die Rechtfertigung .....	93
1. Die Existenz und die Reichweite des Erfahrungssatzes .....	93
a) Das Vorhandensein eines entsprechenden Erfahrungssatzes .....	93
b) Die Grenzen der Koordinierungsvermutung .....	100
c) Die Legitimationsfreiheit von tatsächlichen Vermutungen .....	101
2. Der Einfluss auf die Beweislastverteilung .....	104
a) Die Beweislastverteilung infolge der Teilnahme an einer Sitzung .....	104
aa) Die tatsächliche Vermutung und die Beweislastverteilung in Art. 2 Satz 1 VO 1/2003 .....	104
bb) Die tatsächliche Vermutung und die Unschuldsvermutung .....	105
b) Die überschießende erfahrungsbasierte Beweiserleichterung bei einseitigen Unterrichtungen außerhalb von Sitzungen .....	109

aa) Die richterliche Rechtsfortbildung von Art. 2 Satz 1 VO 1/2003 .....	109
bb) Die Vereinbarkeit mit der Unschuldsvermutung .....	111
<b>VI. Die Widerlegung .....</b>	<b>112</b>
1. Die Abwendung der erstmaligen Begehung einer Zuwiderhandlung .....	112
a) Die Widerlegungsmöglichkeiten infolge der Teilnahme an einer Sitzung .....	112
b) Der Gegenbeweis bei einseitigen Unterrichtungen außerhalb von Sitzungen .....	114
2. Die Beendigung oder Unterbrechung der Beteiligung an einer einheitlichen Zuwiderhandlung .....	115
3. Die Selbstanzeige bei den Kartellbehörden .....	115
<b>C. Die Kausalitätsvermutung („Anic-Vermutung“) .....</b>	<b>115</b>
<b>I. Die Entstehungsgeschichte und der Gegenstand .....</b>	<b>115</b>
<b>II. Der Anwendungsbereich .....</b>	<b>118</b>
<b>III. Die Rechtsnatur und Wirkungsweise .....</b>	<b>122</b>
1. Die Vermutung als ein integraler Bestandteil der abgestimmten Verhaltensweise .....	122
a) Die Ansicht des EuGH .....	122
b) Die Unbestimmbarkeit von Rechtsnatur und Wirkung nach der Ansicht des EuGH .....	124
2. Die Qualifikation als eine tatsächliche Vermutung .....	127
3. Die Verschiebung der konkreten Beweisführungs- und Behauptungslast und der Gegenbeweis .....	130
<b>IV. Die Anwendungsvoraussetzungen .....</b>	<b>133</b>
1. Die Abstimmung zwischen Wettbewerbern .....	133
a) Die Verringerung der Ungewissheit des Wettbewerbs .....	133
b) Der Grad der Abnahme der Ungewissheit des Wettbewerbs .....	136
2. Das der Abstimmung anschließende Marktverhalten .....	138
<b>V. Die Rechtfertigung .....</b>	<b>139</b>
1. Die Existenz und die Reichweite des Erfahrungssatzes .....	139
2. Der Einfluss auf die Beweislastverteilung .....	143
a) Die Anerkennung eines Gegenbeweises .....	143
b) Die unzulässige Beweislastumkehr beim Beweis des Gegenteils .....	145
<b>VI. Die Widerlegung .....</b>	<b>147</b>
1. Der Nachweis eines unabhängigen Marktverhaltens .....	147
2. Die Erschütterung der gerichtlichen Überzeugung beim Gegenbeweis .....	148

3. Die sonstigen Widerlegungsgründe .....	150
<i>D. Die Fortführungsvermutung .....</i>	151
I. Die Entstehungsgeschichte und der Gegenstand .....	151
II. Die Beteiligung an einer einheitlichen Zu widerhandlung .....	156
1. Die einheitliche Zu widerhandlung .....	156
2. Der Nachweis einer einheitlichen Zu widerhandlung und ihrer Dauer .....	162
3. Die erstmalige Beteiligung an einer einheitlichen Zu widerhandlung .....	164
III. Der Anwendungsbereich .....	166
IV. Die Rechtsnatur und Wirkungsweise .....	168
V. Die Anwendungsvoraussetzungen .....	170
1. Die Gesamtbetrachtung der Einzelfallumstände als Grundsatz .....	170
2. Die weiteren Beweise für eine anhaltende Beteiligung .....	174
3. Die Beweiskraft der unterlassenen offenen Distanzierung für den Nachweis einer fort geführten Beteiligung .....	177
a) Die grundsätzliche Beweiskraft .....	177
b) Die Abwesenheit bei Sitzungen im fraglichen Zeitraum	179
c) Die regelmäßige Teilnahme an Sitzungen im fraglichen Zeitraum .....	180
d) Die Schlussfolgerungen für weitere Sachverhaltskonstellationen .....	183
VI. Die Rechtfertigung .....	184
VII. Die Widerlegung .....	187
<i>E. Die Wechselwirkungen zwischen den Beteiligungsvermutungen ...</i>	191
I. Das Ineinandergreifen der Koordinierungs- und der Kausalitätsvermutung bei abgestimmten Verhaltensweisen .....	191
II. Das gemeinsame Erfahrungswissen der Fortführungs- und der Koordinierungsvermutung bei einheitlichen Zu widerhandlungen .....	194
III. Die Kausalitäts- und die Fortführungsvermutung: das Fortwirken kartellrechtswidriger Kontakte .....	195
<i>F. Zusammenfassung .....</i>	199
3. Teil: Die Widerlegung der Beteiligungsvermutungen .....	207
<i>A. Die Geltendmachung der Widerlegungsgründe .....</i>	207
<i>B. Die offene Distanzierung .....</i>	208
I. Das Wesen .....	208

1. Die materiellrechtliche Seite: die Abwendung der Tatbestandsverwirklichung .....	208
2. Die verfahrensrechtliche Seite: die Führung eines Gegenbeweises .....	209
II. Der Anwendungsbereich .....	210
III. Der Rechts- oder Tatsachencharakter .....	212
1. Die Problemstellung .....	212
2. Die Rechtsprechung des BGH .....	214
3. Die Schlussfolgerungen für die Voraussetzungen der offenen Distanzierung und die Zuständigkeitsverteilung zwischen EuGH und EuG .....	216
IV. Die Voraussetzungen .....	218
1. Die Methodik zur Ermittlung der Voraussetzungen .....	218
2. Die fehlende wettbewerbswidrige Einstellung und ihre Kundgabe gegenüber den Wettbewerbern .....	219
3. Die weitere Konkretisierung der Beweisanforderungen des EuGH .....	221
a) Der Inhalt der offenen Distanzierung .....	221
b) Die Adressaten der offenen Distanzierung .....	225
c) Die Form der offenen Distanzierung .....	227
d) Der Zeitpunkt der offenen Distanzierung .....	230
aa) Die Abwendung einer erstmaligen Verantwortlichkeit .....	230
bb) Die Beendigung der Kartellmitgliedschaft .....	234
e) Das Handeln im Anschluss an die offene Distanzierung .....	234
aa) Das widersprüchliche Handeln .....	234
bb) Das parallele oder unveränderte Marktverhalten .....	235
cc) Das Fortwirken von erlangten Informationen .....	237
dd) Das Fortwirken von preisgegebenen Informationen .....	241
C. <i>Die Selbstanzeige bei den Kartellbehörden</i> .....	242
I. Der Anwendungsbereich und das Wesen .....	242
II. Die Abgrenzung zur Stellung eines Kronzeugenantrags .....	247
III. Die Anforderungen an eine taugliche Selbstanzeige .....	250
D. <i>Der Nachweis eines unabhängigen Marktverhaltens als Widerlegungsform</i> .....	254
I. Der Anwendungsbereich .....	254
1. Die Widerlegung der Kausalitätsvermutung .....	254
2. Die Bedeutung für die Widerlegung der Koordinierungsvermutung .....	255
3. Die Widerlegung der Fortführungsvermutung und die materiell-rechtliche Beendigung einer Kartellbeteiligung .....	256

4. Die Beseitigung von Fortwirkungen einer Verhaltenskooperation .....	258
5. Zwischenfazit .....	258
II. Das Verhältnis zu den Tatbestandsmerkmalen der bezweckten oder bewirkten Wettbewerbsbeschränkung .....	259
III. Die Anforderungen an die Widerlegung der Kausalitätsvermutung .....	261
1. Der Nachweis eines unabhängigen Marktverhaltens .....	261
2. Die unzureichenden Widerlegungsgründe beim Beweis des Gegenteils .....	265
3. Die Erschütterung der Überzeugung des Gerichts beim Gegenbeweis .....	267
<i>E. Die Vorlage sogenannter „anderer Beweise“ als Widerlegungsform</i>	268
I. Die anderen Beweise zur Widerlegung der Fortführungsvermutung .....	268
1. Der Anwendungsbereich .....	268
2. Die Beispiele für andere Beweise .....	271
II. Die anderen Beweise zur Widerlegung der Koordinierungsvermutung .....	275
1. Der Anwendungsbereich .....	275
2. Die Exemplifikation anhand der Eturas-Entscheidung .....	277
<i>F. Zusammenfassung</i> .....	278
Literaturverzeichnis .....	283
Stichwortregister .....	291